

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Alexandra Wendeler	FDP	entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (Stadterneuerung und Denkmalpflege)
Herr Lehmann (Stadterneuerung)
Frau Woiwode (Verkehrsanlagen)
Herr Winskowski (Standortmanager Wissenschaftspark Golm – zu TOP 3.2)
Herr Ehlers (AFL Grundbesitz Potsdam-Drewitz Park II GmbH) – zu TOP 3.7
Herr Cornelius (AG Innenstadt Potsdam e.V.) – zu TOP 3.7
Frau Pamp (BI Drewitz/Kirchsteigfeld) – zu TOP 3.7
Herr Zander (Anwohner Trebbiner Str.) – zu TOP 3.7
Herr Fiedler (betroff. Bürger Silbergraben) – zu TOP 3.7

Niederschrift:

Frau Kropp, Viola Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.11.10 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Straßenausbaubeitragssatzung (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0721
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
 - 3.2 Bebauungsplan Nr. 129 "Erweiterung des Wissenschaftsparks Golm"
Erweiterung des Geltungsbereichs, Fortführung unter dem Titel "Nördlich In der
Feldmark", Anordnung der Baulandumlegung (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0888
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
auch OBR Golm
 - 3.3 Wiederherstellung und Sicherung der Gesundheitsgasse
Vorlage: 10/SVV/0708
Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion CDU/ANW
 - 3.4 Verkehrsberuhigung Garde-Karree
Vorlage: 10/SVV/0718
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis90/Die Grünen, FDP
 - 3.5 Verhandlungen zur Entwicklung der Kaserne Krampnitz aufnehmen
Vorlage: 10/SVV/0729
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

- OBR Fahrland
- 3.6 Öffentliche Ufergrundstücke
Vorlage: 10/SVV/0827
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
 - 3.7 Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park"
Vorlage: 10/SVV/0856
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Äa Fraktion SPD
 - 3.8 Verantwortlichkeit für Fehlplanung Radweg Forststraße
Vorlage: 10/SVV/0875
Fraktion DIE LINKE
 - 3.9 Bürgerhaushalt
 - 3.9.1 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 10/SVV/0861
Gruppe Die Andere
 - 3.9.2 Bürgerhaushalt weiterentwickeln
Vorlage: 10/SVV/0865
Fraktion SPD
 - 3.9.3 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90
 - 3.9.4 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte
 - 3.10 Aufstellung touristischer Informationstafeln auf Bundesautobahnen für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0740
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
 - 3.11 Verwaltungsvereinbarung zum Weltkulturerbeschutz
Vorlage: 10/SVV/0805
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.12 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße
Vorlage: 10/SVV/0915
FB Grün- und Verkehrsflächen
 - 3.13 Platz vor dem Jagdschloss Stern
Vorlage: 10/SVV/0906
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Berichterstattung zur 3. Anhörung Mangerstraße
FB Grün- und Verkehrsflächen
 - 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.10.10 bis 10.11.10 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 9.11.10,

einschl. Information

- Katharinastr. 11 in Drewitz
 - Wattstr. 9/Siemensstr. 5/Eckhaus in Babelsberg
- FB Stadtplanung und Bauordnung

- 5 Verständigung zum Umgang mit außerordentlichen Zusammenkünften
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.11.10 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 09.11.2010 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 0 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegen mehrere Anträge auf Rederecht vor:

Zum TOP 3.2 B-Plan 129, Umlegung von Herrn Winskowski.

Zum TOP 3.7 Vorhaben Drewitz-Park

- von der Fraktion CDU/ANW für Herrn Aldinger
- von Herrn Cornelius (Vorsitzender AG Innenstadt Potsdam e.V.)
- aus dem Bürgerbüro von Herrn Dr. Scharfenberg für die Bürgerinitiative Drewitz/Kirchsteigfeld Sprecherin der BI, Frau Katrin Pamp
- von Herrn Sven Zander (Anwohner Trebbiner Str. 53a)
- von der Fraktion CDU/ANW für Herrn Ferdinand Fiedler (betroffener Bürger Silbergraben)

Frau Hüneke bittet den TOP 3.1 Straßenausbaubeitragssatzung nochmals zu vertagen, da das von der Verwaltung angebotene Gespräch noch nicht stattfinden konnte.

Herr Kümmel bittet um Verständigung zu den Anträgen zum Bürgerhaushalt. Er informiert, dass die Anträge der Gruppe Die Andere und der Fraktion SPD bis zur Haushaltsberatung im Februar zurück gestellt worden sind.

Frau Hüneke sieht inhaltliche Differenzen zwischen der Stiftung Preußische

Schlösser und Gärten und bittet um Verständigung zum 1. Vorschlag.

Herr Klipp unterbreitet das Angebot zum Sachstand Vorschlag Nr. 1 des Bürgerhaushaltes in der nächsten Sitzung zu informieren.

Die Ausschussmitglieder verständigen darauf, den gesamten TOP Bürgerhaushalt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Zur Tagesordnung erfolgt einstimmig Zustimmung.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Straßenausbaubeitragssatzung (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0721

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 129 "Erweiterung des Wissenschaftsparks Golm" Erweiterung des Geltungsbereichs, Fortführung unter dem Titel "Nördlich In der Feldmark", Anordnung der Baulandumlegung (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0888

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
auch OBR Golm

Herr Winskowski (Standortmanager Wissenschaftspark Golm) greift nochmals seine bereits in der vergangenen Sitzung vorgetragene Bitte auf, die Anordnung der Baulandumlegung jetzt noch nicht vorzunehmen. Er hält den Auslegungsbeschluss für den frühesten Zeitpunkt. Für die Planung bestehe seines Erachtens kein Handlungsdruck. In diesem Zusammenhang reicht er den Ausschussmitgliedern eine Anregung für einen veränderten Antrag aus.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) betont nochmals, dass ein Bebauungsplan nur mit einem städtebaulichen Konzept umgesetzt werden könne. Die Verwaltung ist nach wie vor aus langjährigen Erfahrungen in anderen Städten der Überzeugung, dass nur die parallele Durchführung des Bebauungsplanverfahrens und der Baulandumlegung aufgrund der wechselseitigen Rückkoppelung zielführend sei.

Frau Engel-Fürstberger spricht sich für das Dazwischenschalten eines Workshops aus, um dem Wunsch der Bürger entgegen zu kommen.

Auf verschiedene Fragen und Hinweise der Ausschussmitglieder geht Herr Goetzmann ein.

Herr Kümmel stellt den Änderungsantrag, einen zusätzlichen 4. Beschlusspunkt anzufügen:

4. Vor einem amtlichen Umlenungsverfahren sind die Möglichkeiten einer freiwilligen Umlenung auszuschöpfen.

Abstimmung des Antrages von Herrn Kümmel: 7/0/0

Die entsprechend ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der in Aufstellung befindliche Bebauungsplan Nr. 129 „Erweiterung des Wissenschaftsparks Golm“ ist in seinem Geltungsbereich gemäß § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB zu ändern und ist unter dem Titel „Nördlich In der Feldmark“ weiterzuführen (siehe auch Anlage 1).
2. Für diesen Bebauungsplan wird nach § 46 Abs. 1 i. V. m. § 45 BauGB eine Baulandumlegung angeordnet (siehe auch Anlage 2). Die Lage ergibt sich aus der beigefügten Karte (Anlage 1).
3. Der Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, die Umlegung durch Beschluss nach § 47 BauGB einzuleiten und das Umlegungsverfahren durchzuführen.
4. **Vor einem amtlichen Umlegungsverfahren sind die Möglichkeiten einer freiwilligen Umlegung auszuschöpfen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 3.3 **Wiederherstellung und Sicherung der Gesundheitsgasse**

Vorlage: 10/SVV/0708

Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion CDU/ANW

Herr Jäkel bringt den Antrag ein. Mit diesem Antrag soll bewirkt werden, dass die Verwaltung an die Eigentümer herantreten, um die Fläche zu erwerben.

Herr Lehmann bringt den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW hinsichtlich der Streichung des letzten Satzes: „Finanzielle Mittel für den Ankauf der Wegefläche sind in den Entwurf des Haushaltes 2011 einzustellen.“ ein. Es sollte kein Vorgriff auf den Haushalt erfolgen.

Herr Klipp macht deutlich, dass nicht die Finanzierung das Kernproblem sei. Er stellt dar, dass der Abschnitt der sog. Gesundheitsgasse weder als öffentliches Grundstück gewidmet und auch nicht mittels Dienstbarkeit gesichert ist. Hier handelt es sich um ein privates Grundstück. Mit den beiden Grundstückseigentümern ist Kontakt aufgenommen worden. Ein Grundstückseigentümer hat - unter dem Vorbehalt, dass auch der andere Eigentümer der Sicherung des Wegerechtes zustimme - Einverständnis signalisiert. Der Eigentümer des Grundstücks Zeppelinstr. 37 jedoch lehnte bereits mehrfach die Bitte der Verwaltung auf Gewährung von Wegerechten, einschl. des Verkaufs der Fläche ab.

Im Ergebnis waren alle einvernehmlichen Versuche nicht erfolgreich. Sollte der Oberbürgermeister mit der Erstellung eines Bebauungsplanes beauftragt werden, so gäbe es nur den Weg der Enteignung.

Herr Jäkel übernimmt als Antragsteller den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW und betont nochmals, dass der Antrag 10/SVV/0708 als neutraler Handlungsauftrag an die Verwaltung zu verstehen ist.

Frau Engel-Fürstberger greift die Aussage von Herrn Klipp auf und hält den Antrag eigentlich als durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Jäkel bittet um Abstimmung des geänderten Antragstextes:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Kaufverhandlungen mit dem Eigentümer der Fläche des Kinos Charlott und der benachbarten ehemaligen Villa in der Zeppelinstraße vorzubereiten mit dem Ziel, die notwendige Teilfläche zwischen beiden Grundstücken durch die Stadt zu erwerben und den Fußweg „Gesundheitsgasse“ wieder zu öffnen. Der Weg ist dauerhaft als öffentlicher Fußweg zu widmen. ~~Finanzielle Mittel für den Ankauf der Wegefläche sind in den Entwurf des Haushaltes 2011 einzustellen.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.4 Verkehrsberuhigung Garde-Karree

Vorlage: 10/SVV/0718

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis90/Die Grünen, FDP

Herr Kümmel bringt den Antrag ein.

Herr Lehmann (Stadterneuerung) bestätigt, dass es das Angebot zur Festsetzung eines verkehrsberuhigten Bereiches gegeben habe. Diesbezüglich hat es auch Kontakt zur Straßenverkehrsbehörde gegeben. Hinsichtlich der Ausschilderung als verkehrsberuhigte Zone liegen die notwendigen Voraussetzungen für die Straßenverkehrsbehörde nicht vor.

Denkbar wäre die Durchführung von Regressleistungen nach Abschluss der Gesamtmaßnahme, wie punktuelle Einengung der Fahrbahn mit Baumscheiben oder Verschmälerung der Fahrbahn Sattlergasse auf 4,5 m. Hierzu wird es Abstimmungen mit den Anwohnern geben.

Der Antrag ist bereits im KOUL-Ausschuss behandelt und dort in geänderter Form (statt Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen – Verkehrsberuhigung, statt planungsrechtlich zu sichern – durch geeignete bauliche Maßnahmen) einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen worden.

Frau Hüneke betont, dass sie eine Geschwindigkeitsbegrenzung bevorzugen würde.

Herr Kümmel übernimmt als Antragsteller die im KOUL-Ausschuss vorgenommenen Änderungen.

Der entsprechend geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die den Anwohnern zugesagte Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen **Verkehrsberuhigung** im Garde-Karree schnellstmöglich planungsrechtlich zu sichern und **durch geeignete bauliche Maßnahmen** umzusetzen. Dem Ausschuss für SB ist einmal pro Quartal über den Verfahrensstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.5 **Verhandlungen zur Entwicklung der Kaserne Krampnitz aufnehmen** **Vorlage: 10/SVV/0729**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
OBR Fahrland

Frau Hüneke bringt den Antrag ein.

Herr Klipp berichtet über die gewonnenen Erkenntnisse und das in Auftrag gegebene Rechtsgutachten. Die entscheidende Frage ist die Sicherung einer ganzheitlichen Entwicklung Gebietes. Ein intensiver Austauschprozess auch mit dem Finanzministerium findet statt. Mehrfach ist auch der Projektentwickler TG Potsdam Projektentwicklungsgesellschaft um Antwort gebeten worden. Im Ergebnis ist einzuschätzen, dass eine ganzheitliche Entwicklung aufgrund der teilweisen Verkäufe von lukrativen Teilflächen einerseits und die Wandlung des KV in Kaufoptionen für nicht lukrative Teilflächen in Frage gestellt ist. Die Frage ist jetzt, auf welchem Weg die Entwicklung des Areals jetzt vorgenommen werden kann. Dazu wird es weitere Gespräche mit dem Finanzministerium und dem Vertragspartner geben. Herr Klipp kündigt an, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage einbringen zu wollen.

Herr Klipp verweist auf den § 6 der Städtebaulichen Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2008:

„Die Parteien der Vereinbarung sind sich darüber einig, dass für die Landeshauptstadt Potsdam aus der städtebaulichen Entwicklung des peripher gelegenen Standortes zusätzliche und ansonsten vermeidbare Belastungen des

städtischen Haushaltes nicht entstehen sollen, insbesondere aus Aufwendungen für technische und soziale Infrastruktur oder andere öffentliche Leistungen. Die Projektträgerin garantiert, dass eine zusätzliche Kostenbelastung der Landeshauptstadt Potsdam vermieden oder durch geeignete Regelungen im Rahmen noch abzuschließender städtebaulicher Folgekostenverträge ausgeglichen wird.“ Die Umsetzung des § 6 ist derzeit nicht gesichert.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) geht anhand eines Planes auf den Gebietsumfang und die Teilflächen sowie die bereits gewonnenen Erkenntnisse ein. Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag zurück zu stellen, um weitere Diskussionen und Verhandlungen abzuwarten.

Frau Hüneke bittet den 2. Satz „Das Land soll die Flächen statt dessen der Stadt Potsdam zu mindestens den gleichen günstigen Konditionen zur Entwicklung anbieten.“ herauszunehmen.

Herr Klipp begrüßt den Vorschlag als Handlungsauftrag an die Verwaltung. Redaktionell schlägt Herr Klipp folgende Änderung im letzten Satz des zweiten Absatzes vor: Dabei ist auch die Möglichkeit der Gewinnabschöpfung durch einen höheren Grundstückspreises für die lukrativen Flächen zu prüfen.

Beide Antragsteller signalisieren Zustimmung.

Der entsprechend geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert unverzüglich Verhandlungen mit dem Land Brandenburg aufzunehmen, um eine Rückabwicklung der Flächenverkäufe des ehemaligen Kasernengeländes in Krampnitz an Privatinvestoren zu erreichen. ~~Das Land soll die Flächen stattdessen der Stadt Potsdam zu mindestens den gleichen günstigen Konditionen zur Entwicklung anbieten.~~

Es sollen verschiedene Szenarien entwickelt werden, die in jedem Fall dem Prinzip folgen, dass Gewinne aus lukrativen Flächen des Kasernengeländes in nicht lukrative Fläche (die z.B. mit Altlasten belastet sind) reinvestiert werden müssen. Dabei ist auch die Möglichkeit der Gewinnabschöpfung durch einen höheren Grundstückspreises für die lukrativen Flächen zu prüfen.

Die Schaffung eines Entwicklungsgebietes Kaserne Krampnitz ist umgehend zu prüfen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember über den aktuellen Stand zu unterrichten

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.6 **Öffentliche Ufergrundstücke**

Vorlage: 10/SVV/0827

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und macht aufmerksam, dass der Antragstitel in „Fortschreibung des Uferwegekonzeptes“ umbenannt werden solle.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) macht aufmerksam, dass Aufträge die erteilt werden, auch umsetzbar sein müssen. Im Moment ist man noch bei der Umsetzung des vorherigen Schrittes, bedingt durch die Ausweitung auf Uferflächen in den neuen Ortsteilen. Dies sei noch nicht abgeschlossen.

Frau Hüneke informiert, dass sich der Antrag nicht ausdrücklich auf das alt-Potsdam-Gebiet bezieht. Sinnvoll sei eine Klärung, für welche Parteien, welche Strategien (ortsbezogene Strategien) gebraucht werden. Die Terminstellung könne geändert werden.

Herr Goetzmann verweist nochmals auf mangelnde Arbeitskapazitäten und schlägt vor, Anfang nächsten Jahres überschlägig über den Arbeitsstand - Erweiterung des Uferwegekonzeptes neue Ortsteile - zu berichten. Im zweiten Teil des Berichtes könne dargestellt werden, was erforderlich wäre und wie man herangehen könnte.

Frau Hüneke bittet den Vorschlag zur Berichterstattung im März 2011 im Protokoll festzuhalten und erklärt daraufhin den Antrag, als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.7 **Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben "Drewitz-Park"**

Vorlage: 10/SVV/0856

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Äa Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Äa Fraktion SPD

Nacheinander werden die Rederechte gewährt:

Herr Jochen Ehlers (Unternehmensgruppe Aldinger) stellt anhand eines Planes das aktuelle Baukonzept vor und berichtet, wie mit den einzelnen bisher offenbar gewordenen Kritikpunkten umgegangen werden soll.

Herr Cornelius (Vorsitzender AG Innenstadt Potsdam e.V.) geht auf die Unvereinbarkeit mit dem Einzelhandelskonzept ein.

Frau Katrin Pamp BI Drewitz/Kirchsteigfeld) spricht sich gegen das Vorhaben aus (fehlende Notwendigkeit, zusätzlicher Verkehr, Erhalt des Waldes, Trinkwasserschutzzone).

Herr Sven Zander (Anwohner Trebbiner Str. 53a) erklärt, dass ein Hornbach nicht erforderlich sei und die angebotene Straßenführung einer Klärung bedarf.

Herrn Ferdinand Fiedler (Eigentümergeinschaft Silbergraben) informiert über bestehendes Baurecht. Er wirbt für den Beschluss den Bebauungsplanes; eine verkehrsmäßige Beruhigung und Ordnung der Gewerbeansiedlung.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass es zu diesem Antrag mehrere Änderungs- und Ergänzungsanträge gibt und stellt zum weiteren Verfahren dar, dass wenn der inhaltlich weitest gehende Antrag positiv beschieden wird, alle weiteren Anträge keiner weiteren Abstimmung mehr zugeführt werden.

Für die Gäste informiert der Ausschussvorsitzende, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ein Fachausschuss ist und Fachausschüsse, der Stadtverordnetenversammlung Empfehlungen geben.

Folgende Anträge werden gestellt:

Herr Lehmann bringt den Antrag 10/SVV/0856 (in der Fassung vom 18.10.10) ein. Für die miteinreichende Fraktion CDU/ANW gibt er als Terminstellung statt Februar 2011 neu **März 2011** vor und folgende Ergänzung des Antragstextes:

„Der Bauausschuss empfiehlt bei der Erarbeitung eines Aufstellungsbeschlusses für einen Bebauungsplan nachfolgende Bausteine für die Ansiedlung von Einzelhandel als grobe Vorgabe:

Vier Bausteine:

1. Bau- und Gartenmarkt: ca. 13.500 m² (davon 2.000 m² Gartenmarkt)
2. Möbel-SB- und Polsterfachmärkte: ca. 13.700 m²
3. Sportfachmarkt: ca. 4.000 m²
4. Lebensmittelfachmarkt: ca. 5.500 m² (unter Eingliederung der bereits erteilten Baugenehmigung im Bereich Trebbiner Str. (alter B-Plan 51-1))

Sowie weitere kleinere Fachmärkte von insgesamt ca. 8.000 m².

Von der vorhandenen Waldfläche sollten zum Schutz der Einfamilienhäuser (Kirchweg) ausreichend Wald erhalten bleiben (mind. 20 m breiter Streifen).“

Herr Lehmann begründet den Antrag mit Verweis auf das Protokoll des Arbeitskreises Einzelhandel und zitiert einzelne Auszüge daraus.

Herr Kümmel stellt dar, dass die jetzige Situation die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel einer geordneten städtebaulichen Entwicklung erfordert. Die Entwicklung der Branche ist sinnvoll. Hinsichtlich der Überlegungen auf die Zulässigkeit in Bezug auf das Einzelhandelskonzept besteht Handlungsbedarf, um für beide Seiten eine Lösung zu finden.

Die SPD-Fraktion ergänzt den Antrag 10/SVV/0856 wie folgt:

Die Verträglichkeit der geplanten Entwicklung mit dem durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Einzelhandelskonzept ist dabei zu beachten.

Neben den im Rahmen des B-Planverfahrens anzuwendenden

Beteiligungsinstrumenten ist durch folgende Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass eine breite Einbindung der Bürger in den Entscheidungsprozess gewährleistet wird:

1. Während der Erarbeitung des B-Plan Entwurfes ist frühzeitig im Rahmen einer Bürgerversammlung von Stadtverwaltung und Investor über das geplante Projekt „Drewitz-Park“ zu informieren. Dabei sollen die Einwendungen der Bürger in geeigneter Form erfasst werden und in den Planungsprozess mit einfließen. Die Stadtverordnetenversammlung bzw. die Fachausschüsse sind über Einwände und Schlussfolgerungen zu informieren.
2. Gestaltungsfragen zur Minimierung von Nachbarschaftskonflikten sind von Anfang an einzubeziehen.
3. Der zur Auslegung vorgesehene B-Plan Entwurf soll vor der Befassung in der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung vorgestellt werden.
4. Der abschließende Bebauungsplan soll vor seiner Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen einer Bürgerversammlung vorgestellt werden.
5. Der beschlossene Bebauungsplan ist zusätzlich zur Veröffentlichung im Amtsblatt, den Bewohnern des Kirchsteigfeldes in geeigneter Form zur Kenntnis zu bringen.
6. Zwischen der neuen Einzelhandelsbebauung und den Wohnhäusern des Dorfes Drewitz und des Kirchsteigfeldes ist durch den weitestgehenden Erhalt des Waldes ein angemessener Abstand zwischen beiden Nutzungsarten zu erhalten und ein Grünbereich für die Anwohner zu sichern.
7. Die Lebensmittelgeschäfte in den Wohngebietszentren des Kirchsteigfeldes und des Wohngebietes Drewitz sind vertraglich zu sichern.
8. Sollte eine Baumarktsiedlung geplant werden ist ein Gutachten zu erstellen, welches Auskunft über Verträglichkeit mit den bestehenden Ansiedlungen im Stadtgebiet gibt.“

Frau Hüneke stellt für die Fraktion Bündis 90/Die Grünen folgenden Änderungsantrag:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Vorbereitung eines B-Plan-Aufstellungsbeschlusses eine mögliche Zielsetzung und Grenzziehung gutachterlich entwickeln zu lassen. Untersucht werden sollen insbesondere die Potentiale für Handel im Kontext zum gesamtstädtischen Handelskonzept, Potentiale für Gewerbe und Wohnen sowie die Grenzziehung im Kontext der Umweltverträglichkeit.“

Sie informiert, dass sie der im KOUL-Ausschuss vorgenommenen Ergänzung „vor einer weiteren Verfolgung des Vorhabens „Drewitz-Park“ nicht übernimmt.

Frau Engel-Fürstberger stellt für die Fraktion FDP folgenden Antrag als Ersatz für den Antrag 10/SVV/0856:

„Der Betreff der Vorlage wird geändert in: „Ergänzter B-Plan 18 Kirchsteigfeld“. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bestehenden „B-Plan 18 Kirschsteigfeld“ fortzuschreiben und dabei die Fläche bis zur Trebbiner Straße einzubeziehen. Die textliche Festsetzung ist auf Grundlage des Einzelhandelskonzeptes anzupassen.“

Entwicklungsbedarf wird gesehen; jedoch könne eine Zustimmung weder zum Antrag der CDU, noch der SPD erfolgen. Das vor 2 Jahren beschlossene Einzelhandelskonzept sollte als Grundlage dienen.

Der Ausschussvorsitzende betont, dass es sich hier um einen Aufstellungsbeschluss handelt. Ein Planerfordernis gibt es. Die Konfliktbereinigung (Klärung was will die Stadt an dieser Stelle, was nicht) könne im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgen.

Herr Klamke nimmt Bezug auf die Entwicklung der Stadt und spricht sich gegen das Vorhaben aus. Gewerbetreibende werden in der Zukunft Flächen brauchen. Es gibt einen B-Plan, welcher Gewerbe zulässt. Erschließung und Vermarktung sollten Schritt für Schritt erfolgen; von daher bittet er mit Verweis auf die Wirtschaftskraft der Stadt Potsdam den Antrag abzulehnen.

Herr Jäkel spricht u.a. die Frage der Zufahrt zur A 115 an; die Innenstadtrelevanz Einzelhandel; die dauerhafte Sicherung des bestehenden Lebensmittelhandels vor Ort an. Er macht aufmerksam, dass es bei der Zulassung des Drewitz-Parkes keine Beschränkungen in der Potsdamer Innenstadt (Potsdam-Center) mehr geben dürfe. Außerdem gebe es eine Doppelung von Bau- und Sportfachmärkten.

Entwicklungsperspektiven für diese Flächen bestehen.

Herr Jäkel schließt sich dem Votum/der Ergänzung des KOUL-Ausschusses zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Abstimmungsergebnis 6/4/1) an und bittet um Abstimmung, falls Frau Hüneke ihre Meinung der Nichtübernahme aufrecht erhält.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) geht im Anschluss an die jetzt geführte Diskussion darauf ein, dass am Ende nur in einem Bebauungsplanverfahren münden kann, was der politische Wille ist. Deshalb sollte eine Reduzierung auf die Kernpositionen erfolgen.

Anhand einer Präsentation (sh. Anlage) gibt Herr Goetzmann umfangreiche Erläuterungen und geht auf einzelne Rückfragen und Hinweise der Teilnehmer ein.

Herr Klipp bestätigt, dass die Verwaltung eine klare Vorgabe von der Politik benötige. Der Ursprungsantrag wäre von der Formulierung her eine klare Vorgabe.

Die Änderungsanträge von SPD und CDU beziehen sich auf das von Dr. Aldinger geplante Vorhaben. Wenn etwas anderes gewollt wird, z.B. langfristige

Entwicklung der Gewerbeflächen oder Stärkung des Wohngebietszentrums Kirchsteigfeld dann müssten der Verwaltung andere Maßgaben vorgegeben werden.

Auch beim Antrag der FDP handelt es sich um einen klaren Auftrag an die Verwaltung; aber dieser wäre ergebnisoffen.

Frau Hüneke erklärt, dass sie aus der Summe des hier Gesagten klar entnimmt, dass ein Neuantrag benötigt wird und verweist hier auf den Antrag der Fraktion Grüne/B90. Gerade aus diesem Grunde sei der gutachterliche Ansatz in den Antrag aufgenommen worden. Ggf. sei auch der Titel entsprechend zu ändern.

Nach weiterer Diskussion der Ausschussmitglieder signalisiert Frau Hüneke, dass sie der Anregung von Herrn Jäkel nachkommt und die Änd. aus dem KOUL-Ausschuss in den Antrag der Fraktion Grüne/B90 übernimmt. Zusätzlich greift Frau Hüneke nimmt Bezug auf die Intention des FDP-Antrages auf und stellt folgenden geänderten Antrag für die Fraktion Grüne/B90 (neu):

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor einer weiteren Verfolgung des Vorhabens „Drewitz-Park“ eine mögliche Zielsetzung und Grenzziehung gutachterlich entwickeln zu lassen. Untersucht werden sollen insbesondere die Potentiale für Handel im Kontext zum gesamtstädtischen Handelskonzept, Potentiale für Gewerbe und Wohnen sowie die Grenzziehung im Kontext der Umweltverträglichkeit.

Aus dem Ergebnis ist die Zielstellung für einen Aufstellungsbeschluss oder eine Fortsetzung des B-Planes 18 abzuleiten.

Dabei ist die Fläche bis zur Trebbiner Straße einzubeziehen, um das Konzept der verkehrlichen Erschließung zu vertiefen..“

Da es sich hier um den weitgehensten Antrag handelt, wird dieser zuerst abgestimmt. Der Ausschussvorsitzende verweist nochmals darauf, dass bei Zustimmung die anderen Anträge nicht mehr abgestimmt werden.

Abstimmung des Antrages Fraktion Grüne/B 90 (neu):
Abstimmungsergebnis 3/4/0 (damit abgelehnt).

Als nächst weitest gehender Antrag wird der Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Betreff der Vorlage wird geändert in: **„Ergänzter B-Plan 18 Kirchsteigfeld“**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zu ihrer Sitzung im Februar 2011 einen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan zum Vorhaben „Drewitz – Park“ zur Beschlussfassung vorzulegen.~~

~~Das Bauleitverfahren soll mit der Priorität 1 durchgeführt werden. Die Kosten des~~

~~Verfahrens sind durch den Vorhabensträger zu übernehmen.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bestehenden „B-Plan 18 Kirchsteigfeld“ fortzuschreiben und dabei die Fläche bis zur Trebbiner Straße einzubeziehen. Die textliche Festsetzung ist auf Grundlage des Einzelhandelskonzeptes anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 1

Damit erübrigt sich die Abstimmung der Anträge SPD/CDU.

zu 3.8 Verantwortlichkeit für Fehlplanung Radweg Forststraße
Vorlage: 10/SVV/0875
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Klipp informiert, dass es keine Fehlplanung, wie in der Presse dargestellt, gegeben habe. Das Bauvorhaben der EWP erstreckt sich nur einseitig auf einem ca. 300 m langen Teilabschnitt der Forststraße vom Parkplatz an der Zeppelinstraße bis zur Ungerstraße. Dem steht eine Gesamtlänge der beidseitig markierten Radschutzstreifen von ca. 4.000 m gegenüber. Die mit der Neumarkierung des Schutzstreifens im Baustellenbereich verbundenen Kosten liegen bei ca. 1.000 €, während die Gesamtmaßnahme rund 25.000 € kostet. Die Markierung wird durch die EWP wieder hergestellt.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die konkrete Verantwortlichkeit für die Fehlplanung im Zusammenhang mit der Einrichtung eines Radweges in der Forststraße festzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2010 über das Ergebnis der Prüfung und mögliche Konsequenzen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.9 Bürgerhaushalt

zu 3.9.1 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 10/SVV/0861
Gruppe Die Andere

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.9.2 Bürgerhaushalt weiterentwickeln

Vorlage: 10/SVV/0865

Fraktion SPD

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.9.3 Bürgerhaushalt Potsdam

Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0887

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.9.4 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

Vorlage: 10/SVV/0920

auch alle Ortsbeiräte

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.10 Aufstellung touristischer Informationstafeln auf Bundesautobahnen für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 10/SVV/0740

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Aufgrund der fortgerückten Stunde (21.40 Uhr) erfolgt Verständigung dahingehend, dass heute nur noch der TOP 4.1 und 6. aufgerufen wird.

Die DS 10/SVV/0740 wird auf die Sitzung 7.12.2010 vertagt.

zu 3.11 Verwaltungsvereinbarung zum Weltkulturerbeschutz

Vorlage: 10/SVV/0805

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.12 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße

Vorlage: 10/SVV/0915

FB Grün- und Verkehrsflächen

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 3.13 Platz vor dem Jagdschloss Stern

Vorlage: 10/SVV/0906

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Berichterstattung zur 3. Anhörung Mangerstraße

FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Verkehrsanlagen) erinnert an den bisherigen Verfahrensverlauf. Eine dritte Anhörung der Anlieger (Ausbau in Kleinpflaster, Bordlinie bleibt, auf Baumfällungen wird nahezu verzichtet) ist vorgenommen worden und sie stellt das Ergebnis dar:

Von 38 Anliegern

18 dagegen (aus verschied. Gründen)

8 nicht geäußert (darunter 1 Anlieger Pro Potsdam)

12 Anlieger dafür (dav. 7 städt., KIS hat sich für die Baumaßnahme ausgesprochen)

(Diagramm - sh. Anlage).

Mit diesem positiven Ergebnis könne die Baumaßnahme in der modifizierten Form ausgeführt werden.

Frau Hüneke erkundigt sich nach der Wiederverwendung des Materials und dem Zeitablauf und gibt nochmals zu bedenken, ob die städtischen Anlieger im Abstimmungsergebnis mit der gleichen Wertung zu berücksichtigen sind, wie die privaten Anlieger.

Zum Zeitablauf informiert Herr Klipp, dass die EWP in jedem Fall die Leitungen erneuern wird, ggf. nur mit provisorischem Deckenschluss. Kleinpflaster gibt es nach der Erneuerung der Leitung nur aufgrund dieses Anhörungsergebnisses. Aufgrund der Jahreszeit wird die Umsetzung nicht vor Ende Februar 2011 erfolgen können.

Herr Klipp bestätigt, dass der behindertengerechte Ausbau berücksichtigt wird. Es wird eine weitgehende Wiederverwendung des Pflasters erfolgen; überwiegend in den Seitenbereichen, während in der Fahrgasse vorwiegend Neumaterial zum Einsatz kommen wird.

Herr Klipp berichtet, dass eine Kleinsteinpflastermusterfläche im Rondell, unmittelbar neben der Doppelzufahrt zu den Grundstücken Nr. 39 und 40, als Musterfläche hergestellt worden ist.

zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.10.10 bis 10.11.10 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 9.11.10,

einschl. Information

- Katharinastr. 11 in Drewitz

- Wattstr. 9/Siemensstr. 5/Eckhaus in Babelsberg

FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 5 Verständigung zum Umgang mit außerordentlichen Zusammenkünften

Vertagt auf die Sitzung 7.12.2010.

zu 6 Sonstiges

Der Ausschussvorsitzende informiert über die Information von Herrn Taenzer (Verkehrsbetrieb Potsdam), dass am Montag am Nauener Tor die Bauarbeiten auf dem Radweg beginnen werden und er darauf hingewiesen habe, dass es für die Radfahrer keine Sichtverbindungen zum sonstigen Verkehr gebe.

Herr Klipp nimmt diese Äußerung des ViP mit Erstaunen zur Kenntnis. Die Vorstellung der Baumaßnahmen ist gegenüber dem Verkehrsbetrieb erfolgt und es liegt der Verwaltung keine Rückmeldung dazu vor.

Herr Klipp kann den Bedenken des ViP nicht folgen, da entsprechende Verkehrsuntersuchungen vorgenommen worden sind. Diese haben keine Gefährdung für Radfahrer ergeben, sondern im Gegenteil eine verbesserte Verkehrssicherheit.

Herr Jäkel bittet im Ausschuss den Plan vorzustellen und einen Vertreter des Verkehrsbetriebes dazuzuladen.